

## Das Strafverfahren gegen den Präsidenten Dr. Muleri.

Berlin. In einigen Zeitungen ist über die Angelegenheit des Präsidenten gegen den geschäftsführenden Präsidenten des Deutschen Städtebundes Dr. Muleri eine von seinem Rechtsberater verfasste Notiz erschienen. Diese Notiz veranlaßt den Deutschen Gemeindevorstand, da sie irreführend sei, zu erachten. In den Feststellungen wird betont, daß Dr. Muleri vor den Notverordnungsmaßnahmen Gesamtschuldige von jährlich etwa 60 700 Reichsmark hatte. Auf Grund der Notverordnung von 8. 10. 21 hätte er gekürzt nur noch 21 500 RM. Gehalt und etwa 2600 RM. Wohnungsgeld bekommen dürfen. Dr. Muleri habe sich daraufhin vor einem jährlichen Barbesuch von etwa 21 500 RM. zahlen lassen; an Stelle des Wohnungsgeldes von etwa 2600 RM. habe er sich aber formell bei vielen Jahren vom Deutschen Städtebunde immer nur zu Bürogeldern benutzte erste Stadtwahl des Städtebundes als Dienstwohnung zuweisen lassen. Dabei habe Dr. Muleri diese Räume weder vorher noch nachher jemals bezogen; er habe sie vielmehr noch an demselben Tage rückwirkend dem Deutschen Städtebunde für die gefällige Miete von 13 500 RM. zurückvermietet. Dadurch habe er etwa 10 000 RM. jährlich mehr erhalten als erlaubt war. Die Umweilung der Dienstwohnung und Rückvermietung sei zweifellos nur zur Umgehung der Notverordnung erfolgt, sowie zum Schaden des Deutschen Städtebundes und zum persönlichen Nutzen Muleris. Dr. Muleri habe dadurch und durch weitere Mißbräuche von Kürzungsvorschriften insgesamt etwa 20 000 RM. mehr erhalten als ihm nach dem Gesetz zustand. Außerdem sei festgestellt, daß Muleri von einem Kredit, der dem Deutschen Städtebunde zu seinen Zwecken eingeräumt war, im Herbst 1931, in einer sehr gerühmten Geldsumme, 60 000 RM. bar abheben ließ und dieses Geld einem Privatbank als Festgeldanlage zur Verfügung stellte. Mitinhaber dieser Privatbank sei der jüdische Schwager von Dr. Muleri, Rennschwimmer sei noch, daß Dr. Muleri dieses Bankhaus wiederholt verschiedenen deutschen Gemeinden für Anleiheverhandlungen eindringlich empfohlen habe. Die Angelegenheit sei der Staatsanwaltschaft zur Verfolgung übergeben worden.

## Dr. von Winterfeldt zur politischen Lage.

Berlin. In der überfüllten Festhalle in Lankwitz sprach am Donnerstagabend der bevollmächtigte Hauptvertreter der Deutschnationalen Front, Dr. von Winterfeldt, über die Stellungnahme der Deutschnationalen zu den augenblicklichen politischen Fragen. Nach einem Hinweis auf die außerst schwierige Lage Deutschlands in der Außenpolitik und in der Wirtschaft forderte er die endliche Einigung aller national denkenden Menschen innerhalb des Vaterlandes. Ohne seine Wehrhoheit sei Deutschland nicht nur machtlos, sondern ein Gespött der Welt. Es habe beim Viermächtepatent weder seinen guten Willen gezeigt. Man müsse aber wissen, daß das deutsche Volk aufstehen werde wie ein Mann, wenn seine Grenzen bedroht würden. Dr. v. Winterfeldt ging dann auf innenpolitische Fragen ein. Hugenberg's Reaktion der Frontfrage sei auch vom Auslande als norddeutsch anerkannt worden. Durch das Entschuldigungsgeleit werde sich die Landwirtschaft und damit Industrie und Handel beleben. Wenn jetzt einige deutschnationale Reichstagsabgeordnete zu den Nationalsozialisten hinübergegangen seien, so seien ihre Beziehungen zu diesem Schritt nicht richtig. Nicht die Tatsache, sondern die Form, in der sie den Übertritt vollzogen, sei verurteilenswürdig. Die Deutschnationale Front stehe heute noch auf dem Boden der Abmachungen vom 20. Januar, die beiden Parteien volle Gleichberechtigung zusicherte. Sie sei derufen, daß kritisch-konservative Gedanken auch in Zukunft weiterzuführen. Ihre Arbeit gelte gemeinsam mit den Nationalsozialisten dem Wohle des Vaterlandes. Anschließend ergänzte der Presschef der DN, Hauptmann a. D. Brockhoff, im einzelnen die Ausführungen Dr. von Winterfeldt's. Er schloß mit der Erklärung, daß die Deutschnationalen einen Staatsaufbau nach dem alten preussischen Vorbild der Deutschen Selbstverwaltung wollten.

## Straffreiheit für die Straftaten im Stahlhelmkontflikt.

Die angeklagten Stahlhelm- und Reichsbannerführer amnestiert.

Braunschweig. Et. Mitteilung des Staatsministeriums hat die Staatsanwaltschaft gegen die 4 Stahlhelmführer Schrader, Seidel, Nowack und Weinede und gegen mehrere Reichsbannerführer und Reichsbannermitglieder bei dem hiesigen Sondergericht wegen der bekannten Vorfälle im März dieses Jahres Anklage erhoben. Das wesentliche Ergebnis der Ermittlungen hat die Gefährlichkeit der von den Angeklagten getroffenen Maßnahmen, die auf eine geschlossene Ueberführung von Reichsbannerformationen in den Stahlhelm hinausliefen, ergeben, so daß eine gemeine Gefahr im Sinne des § 4 Absatz 2 der Verordnung zum Schutze von Volk und Staat herbeigeführt war, die nur durch umfassenden Polizeieinsatz beseitigt werden konnte. Da durch das Eingreifen des braunschweigischen Ministers des Innern, heißt es in der amtlichen Verlautbarung weiter, die Gefahr in der Nacht vom 27. zum 28. März beseitigt ist und durch die weiteren Maßnahmen die Ruhe und Ordnung im Lande Braunschweig aufrecht erhalten sind, hat das braunschweigische Staatsministerium beschlossen, um die Herstellung der Volksgemeinschaft weiter zu fördern, Straffreiheit zu gewähren, wobei aus Gründen der Gerechtigkeit kein Unterschied zwischen den beteiligten Stahlhelmführern und Reichsbannerführern gemacht werden konnte.

Das braunschweigische Staatsministerium erklärt jedoch bei dieser Gelegenheit ausdrücklich, daß es auf keinen Fall dulden wird, daß Organisationen im Lande Braunschweig bestehen, die die gegebenen politischen Verhältnisse innerlich nicht erkennen und die erlassenen Gesetze nicht achten.

## Neel Führer des Deutschen Beamtenbundes.

Berlin. Wie der Weltanwalter meldet, wurde in der Führerversammlung des Deutschen Beamtenbundes am Donnerstag eine für die Geschichte der Beamenschaft und des Deutschen Beamtenbundes wichtige Entscheidung gefaßt. Der bisherige Führer des Deutschen Beamtenbundes, Sprenger, legte in Anbetracht seiner Ernennung zum Reichshauptkammerherrn von Hofen und der damit verbundenen umfangreichen Amtsgeschäfte sein Amt nieder und bestimmte zu seinem Nachfolger den bisherigen Organisationsleiter des Deutschen Beamtenbundes, Hermann Neel. Der Führerrat begrüßte diese Anordnung einstimmig und mit Befriedigung. Angesichts der hohen und in der ganzen Beamenschaft anerkannten Verdienste Sprengers trug ihm der neue Führer auch im Namen des Führerrates die mit besonderem Rechte ausgestattete Ehrenbürgerwürde des Deutschen Beamtenbundes an. — Reichshauptkammerherr Sprenger hat die Ehrenbürgerwürde angenommen.

## Die große Papstprozession.

Rom. Am Abend des Fronleichnamstages fand zum zweiten Male seit 1870 — das letzte Mal im Heiligen Jahr 1929 — die große Papst- Prozession statt. Um 18 Uhr hatten sich in der Peterskirche die hohen Geistlichen und die übrigen Prozessionsmitglieder versammelt. Kurz darauf betrat der Papst, begleitet von seinem Hofstaat und der Nobelpolizei, die Kirche. Nachdem er die Gewänder angelegt und das Traggobium bestiegen hatte, empfing er aus der Hand des ältesten Kardinal-Diakons die Monstranz mit dem Allerheiligsten. Gleichzeitig verließ die Spitze der Prozession die Peterskirche. Die Prozession wurde eröffnet von den päpstlichen Gardien und von einer Gruppe der Ehrenpalastwache. Dann folgten die Orden, der weltliche Klerus, die Priesterkollegien, die Pfarrer der römischen Kirchen, die Domkapitel der Heiligen Basiliken und die Domkapitel der Patriarchalkathedralkirchen mit ihren eigenen Musikchören. Nunmehr begann der eigentliche päpstliche Zug, der von der Schweizer Garde, dem Prokurator der Apostolischen Paläste usw. begleitet war. Es schlossen sich dann die Uebie, Bischöfe, Erzbischöfe, die Patriarchen und schließlich die Kardinele an. Sodann kam der Papst auf dem Vobium, das von den in prächtige Tracht gekleideten Sebirari getragen wurde. Der Papst trug auf dem Vobium und hielt vor sich das Allerheiligste. Obwohl die Prozession, wie schon gesagt, um 18 Uhr die Kirche verlassen hatte, wurde der Papst erst gegen 19.30 Uhr am Portal sichtbar. Die Prozession bewegte sich dann durch die großen Säulenreihen des Bernini, überquerte den Platz und nahm durch die linke Hälfte der Säulenreihen den Weg zu ihrem Ausgangspunkt zurück. Vor dem Hauptportal war der große Papstaltar errichtet, von dem Pius XI. aus den apostolischen Segen erteilte. Inzwischen war die Fassade der Peterskirche festlich illuminiert worden.

## Erneute Zahlungsverweigerung Frankreichs.

Paris. Dem „Echo de Paris“ zufolge hat die französische Regierung ihren Botschafter in Washington angewiesen, an ausländischer Stelle zu erklären, daß Frankreich die Annuitäten ebenso wenig bezahlen werde wie die Devisenrate, solange nicht eine Gesamtlösung der Schuldenfrage gefunden sei. Dagegen soll dem amerikanischen Staatssekretär Hull, der ihn vor seiner Abreise nach Paris in London aufsuchte, diesen Standpunkt ebenfalls auseinandergesetzt haben, wobei er gleichzeitig auf die Notwendigkeit einer Stabilisierung des Dollars hinwies. Hull soll darüber etwas erwidert haben, woraus das „Echo de Paris“ den Schluß zieht, daß Frankreich tauben Ohren predige. Wegen dieses mangelnden Verständnisses in Amerika leiste Frankreich nach wie vor Widerstand gegen die Ernennung eines Amerikaners zum Vorsitzenden des Währungsaußschusses der Londoner Konferenz; denn das würde einen Sieg der Inflationisten bedeuten. Die Engländer, die hierin anfangs der gleichen Auffassung gewesen seien wie die Franzosen, schienen sich aber jetzt für diese Frage nicht mehr zu interessieren.

## Nach Polen verweigert die Zahlung.

Warschau. Wie halbamtlich mitgeteilt wird, ist die polnische Antwortnote auf die amerikanische Aufforderung zur Zahlung der Kriegsschuldenrate in Washington überreicht worden. Die polnische Regierung beruft sich hierbei auf ihre erste Note vom Dezember 1932 in der gleichen Frage und erklärt, daß die damals geschilderte Lage sowie die dargelegten Gründe Polens keinerlei Veränderung erfahren hätten. Aus diesem Grunde schlägt Polen vor, auch die am 15. Juni fällige Zahlung zu verweigern. Die polnische Regierung sei bereit, über die Schuldenfrage mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika jederzeit zu verhandeln.

## Verbot reichsdeutscher Zeitungen in der Slowakei.

Prag. (Funkpr.) Wie die offizielle, gutinformierte Above-Konze meldet, steht das Verbot von nahezu 100 reichsdeutschen Tageszeitungen, Wochenzeitschriften und illustrierten Zeitschriften unmittelbar bevor. Darunter werden sich alle natios. Blätter, sowie die Volkische Zeitung, das Berliner Tageblatt, die Frankfurter Zeitung und verschiedene Münchener und Leipziger Zeitungen befinden.



## Was

in der Welt vorgeht, darüber berichtet das Nieferer Tageblatt in vollkommener Weise. Auch an sonntags interessanter Lesestoff zur Unterhaltung und Belehrung bietet das Blatt alles Erdenkliche. Wer

## noch

nicht darauf abonniert hat, den bitten wir, durch ein Probeabonnement näher kennen zu lernen, welche Fülle guter Leistungen in jeder Beziehung wir ausbieten. Niemand, der sich einen Begriff gemacht hat von den sorgfältigen Aufwendungen, von der vielen täglichen großen und kleinen Arbeit sowie von der Sorgfalt, die trotz der erforderlichen Schnelligkeit geübt werden muß, wird

## mehr

erwarten für den Bezugspreis von RM 2.00 monatlich. Wer heute da wohl darauf verzichten wollen, jeden Abend den ganzen Monat hindurch diese interessante Zeitung zu erhalten?

## ?

Bestandteile des

Nieferer Tageblatt, Nieferer, Goethestr. 59.

## Eine Erklärung des Wehrkreisführers Müller.

Berlin. Wehrkreisführer Müller hat die folgende Erklärung der Öffentlichkeit abgegeben: „Durch mangelnde Kenntnisse in der Presse ist der Anschein entstanden, als ob ich beim Neubau der Kirche der Wehrkreisfront eine nur untergeordnete Bedeutung zurechnete. Ich stehe nach wie vor unerschütterlich auf dem Boden dessen, was in unseren Richtlinien über den Wehrkreisbau niedergelegt ist, das heißt, wir treten ein für völlige Wahrung des Wehrkreisbaues der Wehrkreisfront, verlangen aber von diesem Grunde aus ein wehrkreisbauliches Wort der Kirche zu den brennenden Fragen der Gegenwart. Es ist selbstverständlich, daß das für uns keine leeren Worte sind, sondern daß wir für die Durchführung des Ertrabens mit aller Energie und Verantwortung eintreten.“

## Treuebekenntnis der evangelischen Kirchenbeamten.

Berlin. Der Reichsbund evangelischer Kirchenbeamten Deutschlands hat auf seiner diesjährigen Tagung, die von Vertretern aus ganz Deutschland besucht war, einstimmig folgende Entschliessung angenommen: „Erklärt von dem beifigen Streben, an dem inneren Aufbau der deutschen evangelischen Volkskirchen zu ihrem Teile tatkräftig mitzuarbeiten, stellt sich die organisierte Kirchengemeindebeamtenschaft aller deutschen Gauen einmütig hinter die Reichsregierung mit dem treuen Bekenntnis, in rechter Volksgemeinschaft zu treuem Dienst an Kirche, Volk und Vaterland bereitzustehen.“

## Alle Kampfringführer stehen zu Hugenberg.

Berlin. Sämtliche Kampfringführer der Deutschnationalen Front erklären, wie die Deutschnationale Pressestelle mitteilt, folgendes: „Die Kampfringführer der Deutschnationalen Front versichern darauf, der Aufforderung von Herrn Dr. Hugenberg und Herrn Fiume zu entsprechen. Sie bleiben, was sie waren: „in treuer Gefolgschaft zu Dr. Hugenberg.“

## 3,6 Milliarden für Arbeit in Amerika.

Der amerikanische Senat nahm einen Gesetzentwurf an, der eine Ausgabe von 3612 Millionen Dollar für öffentliche Arbeiten vorsieht.

## Vor einem erfolgreichen Abschluß der Londoner Stillhalteverhandlungen.

London. Die während der letzten Tage in London geführten Stillhalteverhandlungen dürften, wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, heute (Freitag) zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht werden. In der Hauptsache ist es den deutschen Schuldnern gelungen, in der Stillfrage Zugeständnisse zu erlangen, und zwar ist der Durchschnittsatz einschließlich Provisionen und Kommissionen von etwa 4% auf 4 Prozent gesenkt worden. Ferner versicherten die Gläubiger auf die unter dem Stillhalteabkommen fälligen Kapitalrückzahlungen. Es sei daran erinnert, daß die aus kurzfristigen in langfristige Kredite entsprechend der Schweizer Planer umgewandelten Beträge nicht unter das Transferratorium fallen. Die Verhandlungen sollen durchaus harmonisch verlaufen gegangen sein und deutschseits ist man mit dem ersten Ergebnis zufrieden.

## Sturm auf der Genfer Arbeitnehmergruppe gegen das Mandat Dr. Lehs.

Genf. Der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der Internationalen Arbeitskonferenz, Mertens-Delagen, gab gestern nachmittags Pressevertretern Erklärungen zu den durch die Veröffentlichungen des marxistischen Journalisten Dr. Wang geschaffenen Zwischenfall ab und kündigte an, daß die Arbeitnehmergruppe in der Woche der nächsten Woche die Ungültigkeitserklärung des Mandats des deutschen Arbeitnehmervertreter Dr. Lehs beantragen werde.

Wie verlautet, wird sich die Mandatsprüfungskommission Sonnabend mit dem Mandat des deutschen Delegierten beschäftigen. Die Vollkonferenz wird bereits am Dienstag zu dem Bericht der Mandatsprüfungskommission Stellung nehmen.

Nach der Geschäftsordnung wird ein Mandat für ungültig erklärt, wenn eine Zweidrittelmehrheit der Gesamtkonferenz sich für die Ungültigkeitserklärung ergibt. Die Arbeitnehmergruppe wird sicher geschlossen gegen das Mandat Dr. Lehs Einspruch erheben. Die Aufkündigungen innerhalb der Regierungsgruppe sind geteilt. Es muß jedenfalls mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß evtl. das Mandat des deutschen Arbeitnehmerdelegierten für ungültig erklärt wird. Bis dahin werden aber noch wichtige interne Beratungen stattfinden, in denen nach einem Ausweg gesucht wird, um eine solche Entscheidung, über deren Ernst man sich in Kreisen der Arbeitskonferenz keiner Täuschung hingibt, zu vermeiden.

## Eine deutsche Erklärung zu den Vorfällen auf der Internationalen Arbeitskonferenz.

Berlin. Zu den Vorfällen der letzten Tage auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf wird amtlich mitgeteilt:

Die deutsche Regierung hat wiederholt betont, daß sie in der Arbeit das höchste Gut sieht. Sie mißbilligt jede Verleumdung der Arbeitnehmer irgend eines Landes,

## Auflösung der preussischen Landwirtschaftskammern.

Berlin. Wie der Amtl. Preuss. Wehrdienst mitteilt, hat das preussische Staatsministerium die Auflösung der preussischen Landwirtschaftskammern beschlossen. Die zur Ausführung der Verordnung erforderlichen Bestimmungen erläßt der Landwirtschaftsminister, der insbesondere auch die Kammliefer einsetzt, die die zur Konstituierung der neugewählten Kammern die Geschäfte führen. Die Kammliefer zu den Landwirtschaftskammern werden beschleunigt durchgeführt werden.

## Niederlage Roosevelts im Senat.

Washington. Die Pläne des Präsidenten Roosevelt, die Unterstellungen für die amerikanischen Kriegsteilnehmer erheblich (über 25 v. D. hinaus) zu kürzen, wurden am Mittwochabend vom Senat mit 51 zu 39 Stimmen abgelehnt. Statt dessen wurde ein weniger weitgehender Plan angenommen. Gegen diesen Plan wird Roosevelt sein Veto einlegen.

In Hauptverbreitung...  
Die deutsche...  
des d...  
ist von...  
deutsche...  
dem pr...  
lichkeit...  
Berber...  
Dr. G...  
rende d...